



Presseschau vom 07.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Kirill Dmitriew: Fragen zu russischem Sputnik-V-Impfstoff beantwortet – Kritiker sollten Balken im eigenen Auge sehen

Seit der Registrierung des Covid-19-Impfstoffs Sputnik V, der von Wissenschaftlern des Gamaleja-Instituts entwickelt wurde, weltweit auf das große Interesse vieler Länder. Insgesamt wurden bereits eine Milliarde Impfdosen angefragt. Jedoch blieb auch Kritik vonseiten einiger westlicher Länder und Unternehmen nicht aus.

<https://sptnkne.ws/D8P4>

de.sputniknews.com: Sachsens Ministerpräsident Kretschmer: „Nord Stream 2 muss weitergebaut werden!“

Die Stimmen aus der deutschen Politik werden lauter, den Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Nawalny mit einem Stopp der Gas-Pipeline Nord Stream 2 zu beantworten. Die CDU-Ministerpräsidenten Armin Laschet und Michael Kretschmer sprechen sich vorerst gegen einen solchen Schritt aus. ...

<https://sptnkne.ws/D8Wd>

Nikolaj Jolkin: Lasst unsere Ärzte und Toxikologen zusammenwirken – Deutschland-Experte zum Fall Nawalny

Wladislaw Below, Vizedirektor des Moskauer Europa-Instituts, war von der Reaktion der deutschen Medien auf Berichte über eine vermutliche Vergiftung von Alexej Nawalny nicht

überrascht. Sie bezeichneten es sofort als Verbrechen und verwiesen auf Ergebnisse von Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr. ...

<https://sptnkne.ws/D8Wg>

Ilona Pfeffer: „Assange muss unverzüglich freigelassen werden“ – Prozessauftakt in London begleitet von Protesten

Am Montag begann am Central Criminal Court in London die Hauptverhandlung gegen Wikileaks-Gründer Julian Assange. Nach den Anhörungen im Februar war der Beginn der Hauptverhandlung auf den Mai gelegt worden, coronabedingt musste dieser aber verschoben werden.

<https://sptnkne.ws/D9nN>

abends/nachts:

lug-info.com: In der LVR sind am 6.9.20 737 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. Davon sind 632 nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 19 Todesfälle.

vormittags:

de.sputniknews.com: Sibirische Verkehrspolizei bietet Deutschland Hilfe im Fall Nawalny an

Die sibirische Verkehrspolizei hat Deutschland Hilfe bei der Ermittlung des Falls Alexej Nawalny angeboten. Aber bislang gebe es keine Antwort, so der Interimsleiter der Ermittlungsverwaltung des russischen Innenministeriums im Föderationskreis Sibirien, Sergej Potapow.

Eine entsprechende Anfrage über die Gewährleistung von Rechtshilfe wurde demnach am 27. August an die zuständigen Behörden Deutschlands gerichtet. „Leider haben die Sicherheitsbehörden Deutschlands keine Antwort gegeben. Im Fall der Anfrage von Informationen sind wir bereit, diese Angaben detailliert zu prüfen“, sagte Potapow gegenüber dem TV-Sender „Rossiya 1“.

Er betonte unter anderem, dass etwa 40 Besichtigungen der Aufenthaltsorte von Nawalny in Tomsk, Omsk und Moskau durchgeführt worden seien. Darüber hinaus seien Personen befragt worden, die sich an jenen Orten befunden hätten, die der russische Blogger und Kreml-Kritiker besucht hatte. Von ihnen erhielt man etwa 100 Erklärungen.

Mit Rücksicht auf die in den Medien aufgetauchten Informationen darüber, dass Militärspezialisten Giftspuren im Organismus von Nawalny gefunden hätten, führen demnach Mitarbeiter der Verkehrspolizei zusätzliche Untersuchungen durch und ziehen zusätzliche Versionen des Geschehens in Betracht. Jedoch sei es derzeit schwer, zu diesem Thema ohne konkrete Angaben seitens der deutschen Seite zu arbeiten, sagte Potapow.

„Derzeit ist die Tatsache der Verübung von rechtswidrigen Handlungen gegenüber dem Bürger Nawalny durch Materialien des Vorprüfungsverfahrens nicht bestätigt worden. Das Vorprüfungsverfahren läuft weiter“, so Potapow.

Bundesregierung zum Fall Nawalny

Die Bundesregierung sieht es nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit dem militärischen Nervengift „Nowitschok“ vergiftet wurde. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach am vergangenen Mittwoch von einem „versuchten Giftmord“.

Das russische Außenministerium bezeichnete die Eile, mit der die USA und die EU die

Version von Nawalnys Vergiftung unterstützt haben, als verdächtig. Moskau befürworte eine gründliche Untersuchung des Vorfalls, hieß es.

Russland ist nach Angaben von Kremlsprecher Dmitri Peskow zur allseitigen Zusammenarbeit mit Deutschland bezüglich der Situation um den russischen Blogger Alexej Nawalny bereit. Moskau weist aber darauf hin, dass Berlin bislang keine Antwort auf offizielle Anfragen gegeben habe. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/04/327880810_0:0:1612:872_1000x0_80_0_1_14bcc7c5d3204e7cf172228e32d7f4e5.jpg

belta.by: **Protestorganisatoren treffen auf Bereiche, auf die Belarus stolz ist**

Die Organisatoren der Proteste führen einen Schlag auf die Sphären, auf die Belarus stolz ist, sagte die stellvertretende Gesundheitsministerin Jelena Bogdan am 6. September im Fernsehsender STV, teilt BelTA mit.

In diesem Zusammenhang wies Jelena Bogdan insbesondere auf das recht starke Bildungssystem hin. „Wir haben ein gutes Bildungsniveau, Ausländer kommen hierher, um zu studieren“, sagte sie. Das Gesundheitssystem, das in der Welt auch hoch angesehen ist, wurde ebenfalls getroffen. Destruktive Bemühungen zielen darauf ab, medizinische Fachkräfte zu spalten und Unruhen in ihren Reihen zu erzeugen. Es traf auch die Jugend als die Zukunft des Landes und die Arbeiter, die die Wirtschaft prägen.

„Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass eines der Hauptziele (der Organisatoren der Proteste – Anm. BelTA) die Zerstörung der belarussischen Wirtschaft ist“, sagte die Vorsitzende der belarussischen Frauenunion, Marianna Schtschetkina. „Sie hören nicht für einen Tag auf. Der Hauptschlag richtet sich staatliche Unternehmen, gegen den Haushalt.“ Nadeshda Lasarewitsch, Generaldirektorin der „Bobruiskagromash“ Unternehmensgruppe, ist sich sicher, dass die Situation in Industrieunternehmen von speziell ausgebildeten Personen beeinträchtigt wurde. „Es wurden Ausweise gefälscht und Nicht-Mitarbeiter betreten die Fabriken. Sie begannen dort provokative Aktionen durchzuführen. Das heißt, sie wurden nicht von Mitarbeitern der Unternehmen, sondern von geschulten Personen von außerhalb provoziert. Dafür gibt es viele Beweise“, sagte sie.

Nadeshda Lasarewitsch bemerkte, dass sie als Leiterin fast jeden Tag versucht, die Treffen zu besuchen, mit Menschen zu kommunizieren und ihre Probleme zu hören. „Es gibt verschiedene Sichtweisen, aber wir haben ein Ziel - zusätzliches Einkommen, Gewinn für das Unternehmen zu generieren und dementsprechend die Löhne zu erhöhen“, sagte sie. Insgesamt sind sich die Experten einig, dass alle Probleme nicht auf der Straße, sondern im Rechtsbereich gelöst werden müssen.

wpered.su: **In Charzysk wurde der Jahrestag der Befreiung von den faschistischen deutschen Besatzern begangen und Medaillen „75 Jahre Großer Sieg“ übergeben**

Am 5. September legten Kommunisten in Charzysk Blumen am Denkmal für die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges getöteten Menschen nieder. Die Veranstaltung war dem 77. Jahrestag der Befreiung der Stadt von den faschistischen deutschen Besatzern gewidmet, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Charzysk wurde am 5. September 1943 von Soldaten der 50. Gardeschützendivision unter Kommando von Oberst Sergejew befreit. In den Jahren des Krieges wurden mehr als 2000 Charzysker mit Orden und Medaillen ausgezeichnet, neun Menschen, die aus Charzysk, Ilowajsk, Sugres stammen waren Helden der Sowjetunion, zwei weitere volle Kavaliere des Ordens des Ruhmes.

Die erste Sekretärin des Stadtkomitees der KP der DVR Jelena Podtschernina überreichte Soldaten der Volksmiliz der DVR Medaillen des ZK der KPRF „75 Jahre Großer Sieg“. Die Soldaten ihrerseits übergaben ihr eine Dankesurkunde von der Einheit „Patriot“ für die Leistung humanitärer Hilfe.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/09/KHarcyzsk-1.jpg>

de.sputniknews.com: **Russlands Botschaft und Außenministerium haben im Fall Nawalny Fragen an Heiko Maas**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Sonntag zusammen mit der russischen Botschaft in Deutschland eine Reihe von Fragen an das Auswärtige Amt in Berlin gestellt. Hintergrund sind die jüngsten Aussagen von Heiko Maas in einer ARD-Sendung.

Es gebe einige Fragen an das Auswärtige Amt, die in der ARD-Sendung nicht zur Sprache gekommen seien, hieß es auf Facebook:

„Wenn die Untersuchung des Patienten noch andauert, wie kann man dann politische Erklärungen abhalten, insbesondere solche, die Beschuldigungen vermuten lassen?“, fragt Sacharowa. „Warum haben nicht Sprecher der Strafverfolgungsbehörden und der medizinischen Einrichtungen, sondern Politiker angefangen, Ermittlung und Diagnosen zu thematisieren?“, fuhr sie fort.

Im Hinblick darauf, dass sowohl russische Ärzte als auch die Strafverfolgungsbehörden Russlands ein förmliches Rechtshilfeersuchen vorgelegt hätten, und dass vor Kurzem ein zusätzlicher Aufruf zur Zusammenarbeit vonseiten russischer Ärzte verlautbart worden sei – was „das Auswärtige Amt genau weiß“ – fragt Sacharowa: „Wieso ist denn der Informationsaustausch doch nicht angelaufen? Wieso ist die praktische Arbeit der Spezialisten

nicht angelaufen, die sich in der Sache auskennen, und wieso müssen Expertenerklärungen politischen Parolen weichen?“.

„Welche faktischen Daten hat die deutsche Seite ihren Nato- und EU-Partnern vorgelegt, dass sie veranlasst wurden, ähnliche politische Erklärungen abzugeben?“, so die Sprecherin des russischen Außenamtes weiter.

„Wann wird die russische Botschaft in Berlin offizielle Antworten auf die angefragte Information bekommen können, um diese an Moskau zu übermitteln?“. Und die letzte Frage lautet: „Warum veröffentlicht die BRD dennoch keine Daten, auf die es sich beruft?“.

Aussagen von Maas in der ARD-Sendung

Maas hatte am Sonntagabend in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ gesagt, man habe bereits dem russischen Botschafter gesagt, dass man einem Rechtshilfeersuchen Russland zustimmen werde. „Es gibt auch überhaupt keinen Grund, dem nicht zuzustimmen.“

Maas sprach in der ARD von einer „weiteren Nebelkerze, von denen wir ja in den letzten Tagen schon einige gesehen haben. Und ich befürchte, es wird in den nächsten Tagen auch noch andere geben.“

Derzeit fänden noch Untersuchungen in der Berliner Charité statt, wo Nawalny behandelt wird. Man habe aber ganz klar gesagt: Beim Vorliegen eines förmlichen Rechtshilfeersuchens „werden wir alle Zustimmungen erteilen, die notwendig sind, um Informationen in diesem Rechtshilfeersuchen auch auszutauschen“.

Kreml drängt auf Zusammenarbeit

Moskau hatte wiederholt betont, bei der Aufklärung des Falls Nawalny zusammenarbeiten zu wollen. „Die Berliner Seite muss hier operatives Handeln zeigen“, sagte Sacharowa im Staatsfernsehen. Sie warf den deutschen Behörden vor, sie bremsten die Ermittlungen. Eine Anfrage der Generalstaatsanwaltschaft sei bislang nicht beantwortet worden: „Wo ist diese Dringlichkeit, auf der sie bestehen?“.

Moskau bezweifelt, dass Nawalny vergiftet wurde, und will Informationen darüber erhalten, welche Substanz genau bei dem Oppositionellen gefunden wurde. Die russische Generalstaatsanwaltschaft hatte deshalb in der vergangenen Woche ein Rechtshilfegesuch an Deutschland gestellt.

Die Bundesregierung hatte am Mittwoch, nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr, mitgeteilt, sie sehe es als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit einem chemischen Nervenkampfstoff der Nowitschok-Reihe vergiftet worden sei.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 06. September 3:00 Uhr bis 07. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 2.

Richtung Gorlowka: automatische Granatwerfer – 1 mal (1 Granate).

Richtung Donezk: Schusswaffen – 1 mal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Krasnyj Partisan, Donezk (Volvo-Zentrum).

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Corona-Impfstoff vom russischen Zentrum „Vektor“: Datum von Ende klinischer Tests offengelegt

Die Chefin der russischen Behörde für Verbraucherschutz, Anna Popowa, hat am Montag erklärt, wann das staatliche Forschungszentrum „Vektor“ die klinischen Tests seines Impfstoffs gegen das Coronavirus abschließt.

„Unsere Kollegen haben sich auf den Peptidimpfstoff konzentriert, eben dieser wird bei klinischen Forschungen final getestet. Der Endtag ist der 30. September“, sagte sie auf dem Weltkongress für Infektionskrankheiten.

Am 3. September war mitgeteilt worden, dass das Forschungsinstitut „Vektor“ die erste Etappe der Untersuchungen des Impfstoffs abgeschlossen habe. Der Anfang der zweiten Etappe wurde verkündet.

Die russische Behörde für Verbraucherschutz berichtete damals, dass alle aus Krankenhäusern entlassenen Freiwilligen, die den „Vektor“-Impfstoff an sich getestet haben, Antikörper entwickelt hätten.

Am 11. August hatte der russische Präsident Wladimir Putin mitgeteilt, dass Russland als erstes Land einen Impfstoff gegen das Coronavirus registriert habe.

Das Präparat unter dem Namen „Sputnik V“ wurde vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie und dem Russischen Direktinvestitionsfonds entwickelt.

„Sputnik V“ ist eine Lösung für die intramuskuläre Infusion. Der Impfstoff soll in zwei Etappen mit einem Intervall von drei Wochen verabreicht werden. Diese Methode wird es laut dem russischen Gesundheitsministerium ermöglichen, eine Immunität zu bilden, die bis zu zwei Jahre anhalten soll.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/07/327889968_0:198:3072:1860_1000x080_0_1_cdf3d7139ec4a31e042981d1b2578bbd.jpg

belta.by: Innenministerium: Am 6. September wurden 633 Personen wegen Verstoßes gegen die Regelungen zu Massenerignissen festgenommen

Am 6. September wurden 633 Personen wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen zu Massenerignissen festgenommen. Diese Information wurden von der Pressesprecherin des Innenministeriums Olga Tschomodanowa auf deren Telegram-Kanal veröffentlicht, berichtet BelTA.

In verschiedenen Siedlungen der Republik wurden 42 Protestaktionen registriert. Das Innenministerium hat die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die öffentliche Sicherheit bei ihrer Umsetzung zu gewährleisten. Die Gesamtzahl der Teilnehmer betrug rund 31.000 Personen.

So versammelten sich in Minsk Bürgergruppen in verschiedenen Teilen der Stadt und gingen dann ins Zentrum der Hauptstadt. Trotz der Erklärungsarbeit der Polizeibeamten gingen die Teilnehmer auf die Straße und blockierten den Verkehr. In der Nähe des Palastes der Unabhängigkeit stoppten Polizeibeamte den Marsch, was dazu führte, dass einige der Leute in Richtung Unabhängigkeitsprospekt gingen. Der Rest begann verschiedene Inschriften auf Spezialfahrzeugen anzubringen und provozierte Konflikte mit der Polizei.

In Grodno stellten radikale „Aktivisten“, die sich von der Sowjetskaja-Straße in Richtung

Janka Kupala-Straße bewegten, ebenfalls auf die Straße und behinderten die Bewegung von Fahrzeugen. Einzelne Teilnehmer reagierten auf die wiederholten Aufforderungen, illegale Handlungen einzustellen, nicht nur verbal: Plastikflaschen, Stöcke und Steine flogen auf Sicherheitskräfte zu.

Am 6. September wurden 633 Personen wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen zu Massenerignissen in der Republik festgenommen. Bis zur gerichtlichen Prüfung der Fälle von Ordnungswidrigkeiten wurden 363 Personen in Haftanstalten gebracht.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1599464968_405774_big.jpg

de.sputniknews.com: **Nawalny-Vergiftung ein Fake? Polen dementiert Berichte über Telefonat mit Berlin**

Das Außenministerium Polens hat am Montag Mitteilungen über ein Telefongespräch zwischen Berlin und Warschau dementiert, in dem die Vergiftung Nawalnys angeblich als Fälschung bezeichnet worden war.

Der Pressedienst des polnischen Außenministeriums sagte gegenüber RIA Novosti, Polen dementiere Mitteilungen Weißrusslands über ein Telefonat zwischen Warschau und Berlin, bei dem die Behörden der zwei Staaten angeblich zugegeben mussten, dass es keine Vergiftung von Nawalny gegeben habe.

In der vergangenen Woche hatte der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, den russischen Premierminister Michail Mischustin über das Abfangen eines Gesprächs zwischen Warschau und Berlin informiert, in dem es um den russischen Kreml-Kritiker Alexej Nawalny gegangen sein soll.

Dem weißrussischen Staatschef zufolge ist die Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel über Nawalnys Vergiftung eine Falschmeldung.

„Wir gehen davon aus, dass Warschau mit Berlin spricht, zwei Anrufer sind im Kontakt. Unsere radioelektronische Militäraufklärung hat das abgefangen. (...) Es ist deutlich erkennbar, dass es eine Fälschung ist“, sagte Lukaschenko.

„Es gab keine Vergiftung von Nawalny“, fügte er hinzu. ...

Lug-info.com: **In der LVR sind am 7.9.20 um 9:00 741 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.**

Davon sind 635 nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 19 Todesfälle.

deutsch.rt.com: **Papst warnt vor größerer Gefahr als Corona: Geschwätz**

Oft verfallen Gläubige im Umgang mit anderen dem Reflex, die Fehler und Ausrutscher

anderer weiterzuerzählen. Diese "Pest" sei "schlimmer als Covid", sagte Papst Franziskus am Sonntag. Er forderte die Christen auf, sich des Geschwätzes zu enthalten.

"Geschwätz ist eine schlimmere Plage als Covid", sagte das 83-jährige katholische Kirchenoberhaupt am Sonntag bei seiner Angelus-Ansprache, die er am Fenster des Vatikan-Palastes über dem Petersplatz hielt. "Wenn wir einen Fehler, Mangel, einen Ausrutscher bei jemandem sehen, ist das Erste, was uns einfällt, es anderen zu erzählen", sagte der Papst vor Pilgern. "Der Tratsch beschädigt jedoch die Gemeinschaft der Kirche, das ist der Teufel, der Lügner, der die Kirche spalten will". Er bat die Menschen, einen festen Vorsatz zu fassen: "Kein Geschwätz!", sagte er mit Nachdruck, den Zeigefinger erhoben. Wenn "etwas schief geht", sollte man denen, die einen Fehler gemacht haben, "Schweigen und Gebet" anbieten, anstatt den Fall öffentlich zu machen, so der Papst.

Die römisch-katholische Kirche hat sich seit Langem auf ein Konzept der brüderlichen Zurechtweisung verlassen, ohne interne kirchliche Angelegenheiten öffentlich zu machen. Dennoch haben Kritiker der Kirche wiederholt gewarnt, dass eine solche Politik nur die Begehung von Sünde innerhalb der Kirche, einschließlich Kindesmissbrauch, fördere.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.09/article/5f55ebb748fbef213e225f8a.jpg>

Mzdnr.ru: Am 6. September wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektionen durchgeführt, da das Labor gewartet und desinfiziert wird.

Am 7. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2686 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

1220 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1318 als gesund entlassen, es gibt 148 Todesfälle. Zum Stand am 7. September wurden Coronavirusinfektionen bei 126 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

sputnik.by: Der Koordinierungsrat gab die Inhaftierung von Kolesnikowa bekannt, die Sicherheitskräfte schweigen

Heute Morgen berichteten die Medien, dass die Politikerin Kolesnikowa in einen Kleinbus gesetzt und in eine unbekannte Richtung gebracht worden sei.

Der Stab des Koordinationsrates der Opposition gab die Verhaftung von Maria Kolesnikowa bekannt. Die Strafverfolgungsbehörden haben diese Informationen noch nicht kommentiert.

„Wir können Maria (Kolesnikowa) nicht kontaktieren. Es gibt keine Verbindung zu ihr“, sagte ein Mitglied des Koordinierungsrates, Maxim Snak, am Montag gegenüber Sputnik.

Ihm zufolge erschienen in den Medien Informationen, dass die Politikerin heute Morgen im Zentrum von Minsk in einen Kleinbus verbracht und in eine unbekannte Richtung weggebracht wurde.

"Ihr Telefon ist nicht erreichbar", sagte das Snak.

Der Koordinierungsrat berichtete auch, dass sie „Maria Kolesnikowa, Iwan Krawtsov und Anton Rodnenkow noch nicht kontaktiert haben". Es wurde hinzugefügt, dass Anwälte sie suchen.

„In naher Zukunft werden dem KGB und dem Untersuchungsausschuss entsprechende Mitteilungen über die Annahme der Verteidigung übermittelt", hieß es vom Koordinierungsrat.

Es gibt noch keine Kommentare der Strafverfolgungsorgane zu dieser Angelegenheit. Die Pressedienste der Zentralen Direktion für innere Angelegenheiten von Minsk, des Innenministeriums, des Untersuchungsausschusses von Belarus und des staatlichen Kontrollausschusses teilten gegenüber Sputnik mit, dass sie keine Informationen darüber hätten, dass Maria Kolesnikowa festgenommen wurde.

Maria Kolesnikowa war bereits einmal im Zentrum von Minsk festgenommen worden, doch dann entschuldigten sich die Sicherheitskräfte und verwiesen auf die Tatsache, dass sie sie nach der Identifizierung und freigelassen hatten. Mehrfach wurde Kolesnikowa als Zeugin im Fall von Forderungen nach dem Sturz der Regierung zum Verhör vor den Untersuchungsausschuss geladen.

Wie Sputnik bereits berichtet hat, hat die belarussische Generalstaatsanwaltschaft am 19. August 2020 ein Strafverfahren wegen der Schaffung des Koordinierungsausschusses eröffnet. Es wird von Aufforderungen zur Machtergreifung gesprochen.

„Die Schaffung und Aktivitäten des Koordinierungsrates zielen darauf ab, die Staatsmacht zu ergreifen und die nationale Sicherheit der Republik Belarus zu schädigen. Nach Artikel 361 des Strafgesetzbuchs wurde ein Strafverfahren wegen dieser Tatsache eingeleitet", sagte der belarussische Generalstaatsanwalt Alexander Konjuk.

Der Fall wird von der Zentralstelle des Untersuchungsausschusses von Belarus untersucht. Mehrere Mitglieder des Präsidiums des Koordinierungsrates wurden bereits zur Vernehmung vorgeladen ... Sie wurden als Zeugen verhört, mit Ausnahme von Aleksiewitsch und Kolesnikowa gaben alle Auskunft und unterzeichneten eine Geheimhaltungsvereinbarung.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/07/11/1045198432.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Merkel schließt Sanktionen bei Nord Stream 2 nicht aus – Seibert**

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel schließt nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert nicht mehr aus, dass die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 von möglichen Sanktionen gegen Russland betroffen sein könnte.

„Die Bundeskanzlerin schließt sich den Äußerungen des Außenministers vom Wochenende

an”, sagte Seibert am Montag in Berlin mit Blick auf mögliche EU-Reaktionen auf den angeblichen Giftanschlag auf den russischen Kreml-Kritiker Alexej Nawalny. Zugleich erinnerte Seibert daran, dass die Bundeskanzlerin ständig gesagt habe, die beiden Themen müssten abgekoppelt bleiben.

Außenminister Heiko Maas hatte am Wochenende gesagt, er hoffe, dass Russlands Reaktion nicht dazu führe, dass man das Projekt überdenken müsse. Es sei falsch, ein Element aus der Diskussion auszuschließen, sagte Seibert. Er betonte aber zugleich, dass es aber viel zu früh sei, irgendeine Aussage über Sanktionen zu machen. Man erwarte zuvor eine Erklärung der russischen Regierung zu den Hintergründen des vermeintlichen Giftanschlages. Im übrigen habe die EU eine Rechtsgrundlage für Nord Stream 2 gegeben, das ein europäisches und kein deutsches Projekt sei.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin über die Entscheidung des obersten Kommandeurs D. Puschilin

Im Verlauf der Beobachtung des Abschnitts in der Nähe der Kontaktlinie bei Schumy wurde ab dem 5. September eine bestimmte Aktivität von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen bemerkt. Bisher ist es noch nicht möglich genau festzustellen, ob diese Aktivitäten auf eine Demontage der rechtswidrig ausgerüsteten Positionen oder im Gegenteil auf deren noch weitere Verstärkung mit dem Ziel der Eskalation der Lage gerichtet sind. Nach einem Bericht an das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik über das Geschehen im Gebiet von Schumy hat er entschieden, die Beobachtung der Situation fortzusetzen und den Beginn der Operation zur Beseitigung der ukrainischen Befestigungen auf 10:00 Uhr am 9. September 2020 zu verschieben. Dabei hat die ukrainische Seite noch die Möglichkeit, selbständig die Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung zu beseitigen und bis um 22:00 am 8. September 2020 eine Mitteilung über den schriftlichen festgehaltenen Fakt der Demontage der rechtswidrig ausgerüsteten Befestigungen vorzulegen.

Aber der oberste Kommandeur hat auch hervorgehoben, dass sein Befehl über die Beseitigung dieser Einrichtungen nicht aufgehoben ist, sondern nur verschoben. Entsprechend werden von unserer Seite bei einer Entdeckung von Anzeichen der Verstärkung der zu demontierenden Positionen oder im Fall, dass Kiew die Verstöße bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht beseitigt, unverzüglich Gegenmaßnahmen ergriffen, um unsere Bürger und das Territorium der Republik gegen die Willkür der ukrainischen bewaffneten Formationen zu schützen.

de.sputniknews.com: Lösung in Sicht? Libyens Streitparteien zu Gesprächen in Marokko zusammengelassen

Mehr als zwei Wochen nach der Verkündung einer Waffenruhe haben sich die libyschen Konfliktparteien zu Gesprächen getroffen. Delegationen der international anerkannten Regierung in Tripolis und des in Ost-Libyen ansässigen Parlaments kamen am Sonntag in der marokkanischen Stadt Bouznika zusammen, meldete Marokkos staatliche Nachrichtenagentur MAP.

Bei den zweitägigen Gesprächen solle der Waffenstillstand gefestigt und der Weg zu Verhandlungen über eine Beilegung der Streitigkeiten in dem Land geebnet werden. Von Seiten der in der Hauptstadt Tripolis ansässigen Regierung hieß es, es handele sich um inoffizielle Gespräche. Ziel sei es, den Dialog zwischen den libyschen Parteien wiederzubeleben. Die ersten Gespräche seien in positiver Atmosphäre verlaufen. Libyens international anerkannte Regierung in Tripolis hatte vor mehr als zwei Wochen eine Waffenruhe bekanntgegeben, der sich auch das Parlament in Ost-Libyen anschloss. Die selbst ernannte Libysche Nationalarmee (LNA) unter der Führung des einflussreichen Generals Chalifa Haftar zweifelte jedoch an der Waffenruhe und bezeichnete sie als Manöver. Haftar, der mit dem ostlibyschen Parlament in Tobruk verbündet ist, hatte im vergangenen Jahr eine

Offensive auf Tripolis begonnen.

In dem nordafrikanischen Land herrscht seit dem Sturz des langjährigen Staatschefs Muammar al-Gaddafi 2011 ein Bürgerkrieg. Die Regierung in Tripolis wird von der Türkei unterstützt, während General Haftar Hilfe unter anderem von Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Russland erhält.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32722/20/327222034_0:191:3072:1853_1000x0_80_0_1_53cfb26d8ac6917c7d81cad56293eeb0.jpg

de.sputniknews.com: **Künstliches Koma bei Nawalny beendet – Charité**

Der Gesundheitszustand von Alexej Nawalny, der seit dem 22. August 2020 in der Berliner Charité behandelt wird, habe sich verbessert, teilte das Klinikum mit.

Den Angaben zufolge konnte das durch Medikamente aufrechterhaltene künstliche Koma des Patienten beendet werden.

„Der Patient wird schrittweise von der maschinellen Beatmung entwöhnt. Er reagiert auf Ansprache. Langzeitfolgen der schweren Vergiftung sind weiterhin nicht auszuschließen“, heißt es.

Die Ärzte, die Nawalny behandeln, seien mit seiner Ehefrau in engem Austausch.

„Im Einvernehmen mit seiner Ehefrau geht die Charité davon aus, dass die öffentliche Mitteilung zum Gesundheitszustand in seinem Sinne ist“, schreiben die Ärzte. ...

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Trotz der von der ukrainischen Seite angenommenen Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung destabilisieren Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte weiterhin die Lage an der Kontaktlinie.

Unter Verletzung des Regimes der Feuereinstellung haben Kämpfer des 3. Bataillons der 79. Luftsturmbrigade eine nicht zielgerichtete **Feuerprovokation unter Einsatz von automatischen Granatwerfern auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** durchgeführt.

Außerdem stellen unsere Beobachter die **Durchführung technischer Arbeiten** durch vier Kämpfer im Verantwortungsbereich der 53. Brigade **im Gebiet von Bogdanowka** fest. Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokationen nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feuereinstellung eingehalten.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus wurde die ukrainische Seite rechtzeitig über die Feuerprovokation und die durchgeführten technischen Arbeiten in Kenntnis gesetzt. Wir erwarten Informationen von der ukrainischen Seite und dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte rechtzeitig Maßnahmen ergreift und die Schuldigen bestraft, wie in den

angenommenen Vereinbarungen vorgeschrieben ist.

de.sputniknews.com: „Willkürliche Festnahmen unzulässig“ – EU über das Verschwinden weißrussischer Oppositioneller

Die Europäische Kommission versucht, die Tatsachen über das Verschwinden von einigen politischen Aktivisten in Weißrussland festzustellen. Dies teilte der Pressesprecher der EU-Kommission, Peter Stano, im Zuge eines Briefings mit.

„Wir wissen, dass nicht nur Maria Kolesnikowa, sondern auch eine Reihe von anderen politischen Aktivisten und jenen Personen, die sich an politischen Prozessen in Weißrussland beteiligt haben, verschwunden sind. Wir versuchen nun, die Tatsachen festzustellen“, sagte Stano.

Auch der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, verurteilte die Festnahmen und Entführungen der Menschen in Weißrussland, darunter die „Entführung“ von Kolesnikowa, und bezeichnete diese als unzulässig.

„Willkürliche Festnahmen und Entführungen von Menschen aufgrund politischer Motive sowie Gewaltaktionen gegen Andrej Yahorau, Irina Suchij und Maria Kolesnikowa sind unzulässig. Die Behörden müssen mit dem Abschrecken der eigenen Bürgern und mit den Gesetzesverletzungen aufhören“, twitterte Borrell.

Drei Vertreter des Koordinierungsrates vermisst

Am Montag teilte der Pressedienst des Koordinierungsrates der weißrussischen Opposition mit, dass sich drei Vertreter des Verbandes seit einiger Zeit nicht mehr gemeldet hätten. Vermisst werden das Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates Maria Kolesnikowa, der Exekutivsekretär Iwan Krawzow und der Pressesprecher Anton Rodnenkow.

Die Anwälte sind auf der Suche nach ihnen, sie haben Anfragen an das Innenministerium und den KGB geschickt. Die Behörden teilten mit, sie würden über keine Informationen hinsichtlich der Inhaftierung dieser Oppositionellen verfügen.

Einige weißrussische Medien berichteten zuvor unter Verweis auf Augenzeugen, dass Kolesnikowa im Zentrum von Minsk von Unbekannten entführt worden sei.

Tichanowskaja äußert sich zur angeblichen Entführung

Die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja gab in diesem Zusammenhang bekannt, dass die weißrussischen Behörden mit dem Verschwinden von drei Vertretern des Koordinierungsrates der weißrussischen Opposition zu tun hätten, obwohl sie die Festnahme nicht bestätigen und keine Auskunft darüber geben würden.

„Die Entführung von Maria Kolesnikowa, Iwan Krawzow und Anton Rodnenkow ist ein Versuch, die Arbeit des Koordinierungsrates zum Scheitern zu bringen und dessen Mitglieder einzuschüchtern. Die Behörden irren sich, dass dies uns aus dem Weg räumen wird. Je mehr sie uns einschüchtern, desto mehr Menschen werden auf die Straßen gehen“, betonte Tichanowskaja. ...

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 07.09.2020

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

So erfolgte von den Positionen der 56. Brigade eine **Feuerprovokation unter Einsatz von Schusswaffen in Richtung des Volvo-Zentrums** von Donezk und Kämpfer der 54. Brigade haben eine **Provokation unter Einsatz von automatischen Granatwerfern im Gebiet von Troizkoje** durchgeführt.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und bedrohten das Leben unserer Soldaten und friedlicher Bürger nicht.

Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokationen nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueinstellung

eingehalten.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus sowie um zu verhindern, dass die Volksmiliz der Provokationen beschuldigt wird, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diese Sachverhalte in Kenntnis gesetzt.

Seit Beginn des heutigen Tages, des 7. September, haben Kämpfer der 79. und 36. Brigade **zwei nicht zielgerichtete Feuerprovokationen** unter Einsatz von automatischen Granatwerfern und Schusswaffen auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und auf **Sachanka** durchgeführt, im Gebiet von Bogdanowka haben unsere Beobachter die Durchführung technischer Arbeiten durch vier Kämpfer aus der 53. Brigade der BFU festgestellt.

Wir erinnern daran, dass die ukrainische Seite entsprechend der Liste der Zusatzmaßnahmen zur Einrichtung und Aufrechterhaltung des Regimes der Feuereinstellung in diesem Fall verpflichtet ist, Disziplinarmaßnahmen gegen den Kommandeur der 56.

Panzergrenadierbrigade Iwanow, der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow, der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko, der 79. Luftsturmbrigade Luzenko und der 53. mechanisierten Brigade Titenko einzusetzen und danach den Koordinator der Kontakgruppe über diese in Kenntnis zu setzen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, unsere Meldungen zur Fällen von Verletzung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Waffenstillstands zur Kenntnis zu nehmen und die bestätigten Verstöße in der Folge in ihren Berichten zum Ausdruck zu bringen.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den oben genannten Verstößen abzulenken und um die wahren Umstände von nicht kampfbedingten Verlusten der BFU zu verheimlichen, bringt die ukrainische Seite weiter fälschlicherweise **Beschuldigungen gegen die Volksmiliz bezüglich Beschuss von Positionen der BFU** vor.

So erlitt der Soldat der 79. Brigade Tanas, der zuvor auf einen abgebrannten Abschnitt im Gebiet von Krasnogorowka auf eine Mine geraten war, nach der erdachten Version des Stabs der OOS angeblich Splitterverletzungen durch Beschuss von Seiten unserer Verteidiger. Aber nach Angaben unserer Quellen teilten die ukrainischen Ärzte, die den Verletzten behandelten, dem Kommando mit, dass die Verletzungen des Kämpfers charakteristisch für eine „herausspringende“ Antipersonenmine des Typs OSM sind, deren Einsatz durch die Konvention von Ottawa aus dem Jahr 1980 verboten ist.

Es muss angemerkt werden, dass der Stab der OOS weiterhin die Krankenhauseinlieferung von fünf weiteren Soldaten der 79. Brigade verschweigt, die am 5. September eine schwere Vergiftung mit Rauchgas bei der Löschung eines Brandes im Gebiet von Krasnogorowka erlitten, nämlich die Soldaten Ilitschenko und Petrenko sowie die von uns zuvor genannten Schewelew, Jewstranenko und Lukarschewskij.

Der Charakter ihrer Verletzungen erlaubt es dem ukrainischen Kommando nicht, die Verantwortung auf die Volksmiliz der DVR zu schieben, und die nicht kampfbedingten Verlusten wurden ein weiteres Mal vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Uns wurden Pläne von Propagandisten aus dem 74. Zentrum für informationspsychologische Operationen bekannt, die Volksmiliz fälschlich der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

Nach uns vorliegenden Informationen sind im Verantwortungsbereich der 35. Brigade der BFU im Gebiet von Schumy drei Filmteams der ukrainischen Fernsehsender „ICTV“, „1+1“ und „24. Kanal“ unter Leitung von Offizieren des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen eingetroffen. Dabei hat der Stab der OOS zuvor die Volksmiliz haltlos provokativer Beschüsse mit einem Granatwerfer in diesem Gebiet beschuldigt.

Solche Handlungen verweisen darauf, dass der Gegner weitere inszenierte Materialien zur Beschuldigung der Volksmiliz bezüglich Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung

vorbereitet, in denen Opfer unter der friedlichen Bevölkerung vorkommen können. Wir erklären, dass die Volksmiliz der DVR alle erreichten Vereinbarungen über den Waffenstillstand streng einhält bis hinzu einem einzelnen Befehl zur Eröffnung des Feuers, über den die ukrainische Seite rechtzeitig informiert werden wird.

de.sputniknews.com: **Russische Staatsanwaltschaft bekommt Ergebnisse einer Untersuchung zu Nawalny**

Vertreter der russischen Verbraucherschutzbehörde (Rospotrebnadzor) im Gebiet Tomsk (Westsibirien) haben die Ergebnisse einer Untersuchung zum in Deutschland in Behandlung befindlichen russischen Regierungskritiker Alexej Nawalny der Staatsanwaltschaft der Region übergeben.

Die Überprüfung sei im Zusammenhang mit Nawalnys Krankenhauseinweisung nach dem Abflug aus dem Flughafen Tomsk durchgeführt worden, sagte eine Behördenvertreterin gegenüber Sputnik.

Die Materialien seien an die Westsibirische Verkehrsstaatsanwaltschaft überreicht worden. Die Untersuchung habe auf Antrag der Staatsanwaltschaft stattgefunden. ...

Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR und bevollmächtigten Vertreterin der DVR bei den Minsker Verhandlungen Natalja Nikonorowa im Zusammenhang mit der Situation im Gebiet von Schumy bei Gorlowka**

Nachdem von unserer Seite alle möglichen Maßnahmen zur Information und Warnung Kiews über unsere Bereitschaft, zu äußersten Maßnahmen der Reaktion auf Verletzungen der Zusatzmaßnahmen durch die ukrainische Seite zu greifen, ergriffen worden waren, haben die Vertreter der Ukraine endlich ihre Aufmerksamkeit auf unsere Forderungen gerichtet.

Erstens, bemerken Vertreter der Volksmiliz der DVR eine bestimmte Aktivität der ukrainischen bewaffneten Formationen im Gebiet der Befestigungsanlagen bei Schumy.

Bisher ist nicht genau bekannt, was die ukrainische Seite genau zu unternehmen vor hat und ob diese Aktivität auf die Demontage der Anlagen oder umgekehrt auf deren Verstärkung gerichtet ist. Die Beobachtung dieses Gebietes geht weiter, die Situation befindet sich unter Kontrolle des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik.

Zweitens haben wir einen Brief von Herrn Krawtschuk erhalten. Es ist bezeichnend, dass auf diesem Papier als Datum der 2. September angegeben war und wir es erst am 5. September erhalten haben. Wenn man die Wichtigkeit der in diesem Brief angesprochenen Frage berücksichtigt, sind solche Verzögerungen bei der Absendung von Korrespondenz unzulässig, weil sie zu einer Verschärfung im Bereich der Sicherheit führen können.

Unter Berücksichtigung dieser Sachverhalte und unter Beibehaltung der Einhaltung der im Rahmen der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarungen, hat die Führung der DVR entschieden, den Beginn der Operation zur Beseitigung der ukrainischen Befestigungen im Gebiet von Schumy auf 10:00 Uhr am 9. September 2020 zu verschieben. Die Vertreter der Ukraine können also noch die rechtswidrig ausgerüsteten Positionen selbständig beseitigen und bis um 22:00 am 8. September 2020 einen Bericht über ihre Demontage einreichen.

Wir empfehlen der ukrainischen Seite, sich gerade auf diese Aktivität zur Beseitigung der Verstöße zu konzentrieren und nicht auf weitere Fake-Erklärungen in den Massenmedien darüber, dass es von der ukrainischen Seite angeblich keine Verstöße gab. Die Donezker Volksrepublik verhält sich verantwortungsvoll und zuverlässig zu ihren Verpflichtungen bezüglich der in Minsk erreichten Vereinbarungen, aber wir haben nicht die Absicht, offene Sabotage dieser Vereinbarungen durch die Regierung der Ukraine zu ignorieren.

de.sputniknews.com: **Nicht zuständig: Bundesärztekammer reagiert auf Vorschlag russischer Ärzte im Fall Nawalny**

Die Bundesärztekammer hat am Montag gegenüber der Agentur RIA Novosti angegeben, sich

nicht an einer Untersuchung im Fall Alexej Navalny teilnehmen zu können.

Die Bundesärztekammer könne sich nicht an Untersuchungen beteiligen, da es sich bei ihr nicht um eine Ermittlungsbehörde handle, teilte der Pressedienst der Bundesärztekammer mit. Die Ermittlungen seien das Vorrecht staatlicher Stellen, hieß es.

Damit hat die Behörde auf den Vorschlag des Vorsitzenden der gemeinnützigen russischen Organisation „Nationale Medizinische Kammer“, Leonid Roschal, reagiert. Dieser forderte zuvor seine deutschen Ärztekollegen auf, ein gemeinsames Expertenteam zur Aufklärung des Zustandes von Alexej Nawalny zu bilden, da die von deutschen und russischen Ärzten erhaltenen Befunde unterschiedlich sind.

Nach deutschem Recht könnten weitere Untersuchungen nur von den Angehörigen des Patienten eingeleitet werden, so die Behörde.

Die Bundesärztekammer sei zutiefst besorgt über den Gesundheitszustand von Navalny und würde die Forderungen der Bundesregierung an Russland unterstützen, die Umstände zu klären, die zur lebensbedrohlichen Verschlechterung dessen Gesundheit geführt haben, hieß es weiter.

Auch gab die Behörde bekannt, sie habe die medizinischen Daten zu dem Vorfall erhalten. An der „Qualität der medizinischen Untersuchungen“ in Deutschland gebe es keinen Zweifel. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/03/327874632_0:0:3073:1663_1000x541_80_0_0_a79e653863c1c6ea5fef573e86822f4d.jpg

de.sputniknews.com: **Großbritannien bestellt russischen Botschafter im Fall Nawalny ein**
Großbritannien hat im Fall des mutmaßlich vergifteten Kremlkritikers Alexej Nawalny den russischen Botschafter in London einbestellt. Das teilte der Außenminister Dominic Raab am Montag auf Twitter mit.

Großbritannien habe den russischen Botschafter nach London gerufen, um „tiefe Besorgnis über die Vergiftung von Alexej“ zu bekunden, schrieb Raab.

„Es sei völlig inakzeptabel, dass eine verbotene chemische Waffe eingesetzt wurde, und Russland muss eine vollständige, transparente Untersuchung durchführen“, so der Minister weiter.

Er sei erleichtert, dass Nawalny aus dem künstlichen Koma geholt werden konnte.

„Ich hoffe, dass sich sein Zustand weiter verbessert.“

Nawalny war nach Erkenntnissen der Bundesregierung in Russland mit dem militärischen Nervengift Nowitschok vergiftet worden und wird derzeit in der Berliner Charité behandelt. Die Ärzte teilten am Montag mit, sein Gesundheitszustand habe sich verbessert. Demnach konnte das durch Medikamente aufrechterhaltene künstliche Koma des Patienten beendet werden.

Die Behauptung der Bundesregierung steht im Widerspruch zu den Befunden der russischen Ärzte, die Nawalny zunächst im Omsker Krankenhaus behandelt hatten. Die Omsker Ärzte gaben als vorläufige Diagnose eine Stoffwechselstörung an. Diese soll ein drastisches

Absinken des Blutzuckerspiegels verursacht haben. Laut dem leitenden Toxikologen Sibiriens, Alexander Sabaew, wurden in Nawalnys „Entgiftungsorganen“ (Leber, Lungen, Nieren) keine Giftstoffe entdeckt. Im Falle einer Vergiftung jedoch müssten in den genannten Organen Giftspuren festzustellen sein.

Mil-Inr.info: **Erklärung des Leiters der Volksmiliz der LVR Oberst Ja. W. Leschtschenko am 7. September 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der BFU festgestellt, dabei wurden aber **zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Im Verantwortungsbereich des 1. Bataillons der 25. Luftlandebrigade im Gebiet von Malinowo haben unsere Beobachter eine Detonation festgestellt.

Außerdem wurde auf den Positionen der 8. Kompanie des 3. Bataillons der 14. Brigade im Gebiet von Pritschepilowka ein **Schusswechsel zwischen ukrainischen Soldaten** bemerkt. Nach Angaben unserer Quellen wurden zwei Personen infolge des Schusswechsels verletzt, einer von ihnen starb. Der zweite ist in ernstem Zustand.

Um die nicht kampfbedingten Verluste zu verheimlichen, versuchte das ukrainische Kommando die Volksmiliz der LVR des Geschehens zu beschuldigen, indem sie das Geschehen als Ergebnis von Beschuss aus Richtung unserer Positionen darstellte. Die Desinformation darüber wurde auf der Seite des Pressedienstes der OOS in Facebook am 6. September veröffentlicht.

Dabei wird die Inkonsequenz der ukrainischen Seite in ihren Erklärungen deutlich. So wurde in einer Information, die wir am 6. September um 17:46 Uhr von Vertretern der Ukraine im GZKK erhalten haben, die tödliche Verletzung des Soldaten der ukrainischen Streitkräfte als Ergebnis eines einzelnen Schusses, angeblich eines Scharfschützen dargestellt.

Gleichzeitig behauptet die ukrainische Seite um 22:41 Uhr, dass der Soldat nicht an einem einzelnen Schuss eines Scharfschützen starb, sondern an einer Salve mit Schusswaffen. Dabei wird ignoriert, dass der Abstand zwischen den Positionen der Einheiten der Volksmiliz der LVR und der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Pritschepilowka, wo der ukrainische Soldat angeblich starb, mehr als 1,5 km beträgt. Dies erlaubt es bei einer Visierweite einer Kalaschnikow-Maschinenpistole von 1000 Metern und einer Tiefe der ukrainischen Positionen von zwei Metern nicht effektiv automatisches Feuer einzusetzen.

Diese Sachverhalte können wir dokumentarisch bestätigen und falls Notwendig Vertretern der OSZE-Mission übergeben.

Außerdem haben Beobachter der OSZE-Mission, die in diesem Gebiet patrouilliert haben, und Vertreter der LVR im GZKK den Fall von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten unserer Einheiten nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Lawrow trifft Assad in Damaskus**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich in Damaskus mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad getroffen. Dies teilte Russlands Außenamt am Montag auf Twitter mit.

Die Behörde veröffentlichte außerdem Fotos von der Zusammenkunft. Beim Treffen betonte al-Assad, die arabische Republik habe Interesse am Erfolg russischer Investitionen.

Später begannen Verhandlungen zwischen Lawrow und seinem syrischen Amtskollegen Walid Muallem. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz sprach der russische Chefdiplomat unter anderem über den Krieg gegen den Terror.

„Die bisher auf dem syrischen Territorium verbleibenden Terrorherde werden ausgehoben und künftig völlig zerstört.“

„Vielversprechende Zukunft“

Muallem betonte seinerseits, dass ein Besuch auf einer solch hohen Ebene die Tiefe der Beziehungen zwischen den zwei Ländern widerspiegele.

„Ich will es über die Medien dem ganzen Volk Syriens bestätigen, dass die Zukunft unserer Beziehungen zu Russland vielversprechend ist und eine Entwicklung im Bereich Politik und Wirtschaft zusichert.“

Es handelt sich um den ersten Syrien-Besuch Lawrows seit Februar 2012. Der russischen Delegation gehören außerdem der Vize-Ministerpräsident Juri Borissow und der Sondervertreter des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Afrika und dem Nahen Osten, Vize-Außenminister Michail Bogdanow, an.

Lage in Syrien

Am 31. August hatten Sergej Lawrow und ranghohe Vertreter der syrischen Opposition in Moskau nach Angaben des russischen Außenministeriums Probleme der Beilegung der innersyrischen Krise erörtert.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien und im Irak verkündet. In einzelnen Regionen Syriens werden noch lokale Operationen gegen die Terroristen durchgeführt. In den Vordergrund rücken gegenwärtig die politische Regelung, der Wiederaufbau des Landes und die Heimführung von Flüchtlingen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/07/327892981_0:36:2855:1580_1000x541_80_0_0_46e46332f9e2b2de6ddcc410f54a1f5d.jpg

mil-lnr.info: Dringende Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 7. September 2020

Trotz der von der ukrainischen Seite im GZKK vereinbarten Maßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle der Bedingungen des Waffenstillstands haben Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte ihre Verpflichtungen verletzt.

Nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK wurde heute um 15:30 Uhr von den Positionen des 2. Bataillons der 14. Brigade aus Richtung Nowotoschkowskoje eine **Feuerprovokation mit einem großkalibrigen Maschinengewehr** auf unsere Positionen im Gebiet von Golubowskoje durchgeführt, um die Einheiten der Volksmiliz der LVR zur Erwidern des Feuers zu provozieren.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und bedrohten das Leben unserer Soldaten und örtlicher Einwohner nicht.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus sowie um zu Verhindern, dass die Volksmiliz der Provokationen beschuldigt wird, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diese Sachverhalte in Kenntnis gesetzt.

Diese Handlungen der Kämpfer bestätigen ein weiteres Mal die Unfähigkeit der

Kommandeure der BFU, Ordnung in ihre Einheiten zu bringen und die Einhaltung der erreichten Vereinbarungen durch die Untergebenen zu kontrollieren.

Die Einheiten der Volksmiliz halten die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands streng ein und eröffnen das Feuer nicht.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, den Fall von Verletzung des Waffenstillstands zu erfassen und die militärisch-politische Führung der Ukraine zur Einhaltung der Bedingungen des Waffenstillstands und zur Bestrafung der Schuldigen zu zwingen.

deutsch.rt.com: **"Kein Bezug zu Deutschland" – Auswärtiges Amt nicht an Abgleich der Nawalny-Proben interessiert**

Die Bundesregierung fordert von Russland Aufklärung im Fall der Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny, andernfalls müsse man über Konsequenzen entscheiden. An einer gemeinsamen Untersuchung, wie es russische Ärzte fordern, scheint Berlin hingegen kein Interesse zu haben.

Die Bundesregierung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht es als erwiesen an, dass Nawalny – wenn schon nicht im Auftrag, dann doch mit Duldung des Kreml in Moskau – mit einem chemischen Kampfstoff der Nowitschok-Gruppe vergiftet wurde. Außenminister Heiko Maas (SPD) drehte in seinem Interview mit der Bild am Sonntag die Unschuldsvermutung auf den Kopf, als er sagte: "Sollte sie (die russische Regierung) nichts mit dem Anschlag zu tun haben, dann ist es in ihrem eigenen Interesse, das mit Fakten zu belegen."

„Wenn sich die russische Seite nicht an der Aufklärung des Verbrechens an Herrn Nawalny beteiligt, wäre das ein weiteres Indiz für die Tatbeteiligung des Staates. Sollte es über Verschleierungen und Nebelkerzen nicht hinaus gehen, müssen wir davon ausgehen, dass Russland etwas zu verheimlichen hat.“

Als wichtigstes Indiz für eine vermeintliche Verantwortung der russischen Regierung von Präsident Wladimir Putin nannte Maas die "tödliche Chemiewaffe, mit der Nawalny vergiftet wurde", und dass sich diese "in der Vergangenheit im Besitz russischer Stellen befand".

Außerdem habe sich der mutmaßliche Anschlag in Russland ereignet, wie zahlreiche andere deutsche Politiker betonten.

Doch der behandelnde Arzt im sibirischen Omsk, Alexander Sabajew, der zusammen mit anderen medizinischen Spezialisten zwei Tage lang um das Leben des Oppositionellen kämpfte, bestreitet nach wie vor, dass Nawalny mit Nowitschok vergiftet wurde. Man habe bei den Blutuntersuchungen keine Hinweise gefunden, weshalb auch die Behandlung mit Atropin abgebrochen wurde. „Als Toxikologe bin ich mir sicher: Es war kein Nowitschok da“, sagte Sabajew am Montag.

Leonid Roschal, Vorsitzender der gemeinnützigen Organisation "Nationale Medizinische Kammer" in Moskau, schlug deshalb am Samstag vor, ein gemeinsames deutsch-russisches Expertenteam zu bilden, um den Fall um die mutmaßliche Vergiftung zu untersuchen. Bereits am Freitag fragte RT bei der Bundespressekonferenz nach, warum die Bundesregierung nicht auf ähnliche Anfragen von russischen Medizinern eingegangen sei, und erhielt darauf keine Antwort. Deshalb fragte RT am Montag erneut nach und erhielt aber eine ausweichende Antwort des Sprechers aus dem Auswärtigen Amt. Es liege schließlich an Russland, die Beweise für seine Nichtschuld darzubringen.

<iframe width="811" height="456" src="https://www.youtube.com/embed/j920S9IguJI" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/j920S9IguJI>

Dan-news.info: **In der Apfelplantage in Kusnezowo-Michajlowka, die 2017 unter Beteiligung des ersten Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko angelegt worden**

war, hat die Apfelernte begonnen.

„In der superintensiven Apfelplantage, die sich in Kusnezowo-Michajlowka im Telmanowo-Bezirk befindet, wurde mit der Ernte begonnen. Äpfel der Sorte „Gala“ werden bereits zu für die Bevölkerung erschwinglichen Preisen in den firmeneigenen Geschäften verkauft“, teilte das Landwirtschaftsministerium der DVR mit.

Ein Kilogramm Äpfel erster Qualität kostet 69 Rubel, zweiter Qualität 57 Rubel. Sie können in den Handlungspunkten der Schachtjorsker Geflügelzucht gekauft werden.

abends:

de.sputniknews.com: Russlands Energieminister: Nord Stream 2-Projekt schreitet voran – trotz aller Schwierigkeiten

Nord Stream 2 wird trotz aller Schwierigkeiten, die rund um das Projekt herum entstehen, umgesetzt und wird unabhängig von der Marktkonjunktur aktuell bleiben, sagte der russische Energieminister Alexander Nowak am Rande der Finalrunde des Wettbewerbs „Russlands Führungspersönlichkeiten“.

„... Das ist ein langfristiges Projekt, wir können nicht aufgrund eines Nachfragerückganges sagen, dass solche Projekte nicht mehr notwendig sind. Das ist ein langfristiges Projekt, das auf viele Jahrzehnte ausgerichtet ist“, so der Minister. Seinen Worten zufolge wird der Anteil von Erdgas an der Energiebalance weiter wachsen. Selbst die Umstellung auf erneuerbare Energieträger werde dies nicht beeinflussen.

„Wir sehen trotz alledem, dass ein großes Potenzial an Erdgas erhalten bleibt. Dieses Projekt wird umgesetzt. Zugegeben, es gibt gewisse Schwierigkeiten, aber es wird trotzdem weitergeführt“, ergänzte Nowak. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/04/327633361_0:175:3140:1873_1000x541_80_0_0_dd433d42b918075bc72c43265cdc4f98.jpg

de.sputniknews.com: Nawalny erwacht aus Koma – Reaktion eines „Nowitschok“-Mitentwicklers

Die Tatsache, dass das künstliche Koma des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny beendet wurde, zeugt davon, dass gegen ihn kein „Nowitschok“-Giftstoff verwendet wurde. Dies teilte der Chemiewaffen-Experte Leonid Rink gegenüber RIA Novosti mit.

„Ich schließe seine Vergiftung aus, weil die typischen Symptome nicht vorhanden sind. Wenn man aber eine Konzentration verwendet hätte, die 400 Mal geringer als eine tödliche Dosis ist, würden die Ärzte ihn aus dem Koma holen. Die Pupillenverengung aber würde trotzdem vorhanden sein. In diesem Fall hat es keine solchen Symptome gegeben“, sagte Rink, der auch an der Entwicklung des Nervengiftes „A-234 Nowitschok“ gearbeitet hatte.

Laut Rink hatte man „Nowitschok“ entwickelt, um Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld zu ersetzen. Der Giftstoff habe eine hundertprozentige Letalität, so Rink.

Auch der russische UN-Militärexperte Igor Nikulin sagte, dass es Nawalny nicht gelingen würde, das Koma zu überwinden, falls man ihn mit „Nowitschok“ vergiftet hätte.

„Falls es sich um eine Vergiftung mit 'Nowitschok' handelte, würden wir ihn nicht mehr sehen – nicht in einer Woche oder in einem Monat. Bei der Verwendung eines Giftes der 'Nowitschok'-Gruppe ist das schon möglich. Das ist doch ein binärer Kampfstoff, bei dem es etliche Substanzen gibt, die getrennt relativ ungefährlich sind. Erst wenn sie sich vermischen, entsteht der eigentliche Kampfstoff, der tausendmal toxischer als jede seiner einzelnen Komponenten ist“, sagte Nikulin.